

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



donnerstag, 6. juli 1972

blatt 1823

weitere 15 millionen fuer junge gewerbtreibende

1 wien, 6.7. (rk) fuer die existenzgruendungskredite bewilligte der finanzausschuss des wiener gmeinderates weitere 15 millionen. insgesamt stehen nun 145 millionen fuer diese aktion zur verfuegung. existenzgruendungskredite werden an oesterreichische staatsbuenger bis zum alter von 35 jahren vergeben, die eine neu verliehene gewerbeberechtigung besitzen und in wien einen betrieb gruenden wollen. der kredit betraegt 5.000 bis 150.000 schilling, die laufzeit zehn jahre, wobei die ersten beiden jahre tilgungsfrei sind, bei vier prozent jahreszinsen.

0907

90. geburtstag oscar larsens

3 wien, 6.7. (rk) am 8. juli vollendet der akad. maler
prof. oscar l a r s e n das lebensjahr.

in wien als sohn eines daenischen malers und illustrators
geboren, studierte er zunaechst 1897 - 1901 an der graphischen
lehr- und versuchsanstalt, in den darauffolgenden jahren an der
wiener akademie. noch als student wurde er zur mitarbeit an den
kartons fuer eine serie von intarsien im rathaus von bozen her-
angezogen, deren ausfuehrung infolge des 1. weltkrieges nicht
mehr zustande kam. die kriegsszenen, die larsen in den jahren 1914-
1918 malte, befinden sich heute zum grossteil im heeresgeschicht-
lichen museum in wien. 1919 trat er der genossenschaft bildender
kuenstler (kuenstlerhaus) bei, wo er sich seitdem staendig an
ausstellungen beteiligte und 1957 mit dem goldnen lorbeeren aus-
gezeichnete wurde. ausserdem erhielt der kuenstler 1925 den preis
der stadt wien und wurde ein jahr spaeter ehrenmitglied der royal
academy in london. seit 1918 malt er figurliche szenen aus der
bibel, der antiken mythologie und aus dem deutschsprachigen
sagenkreis. daneben war prof. larsen auch als illustrator der
"contes" von lafontaine und der geschichten aus 1001 nacht
erfolgreich.

0922

verwaltungsbericht der stadt wien 1971 erschienen

2 wien, 6.7. (rk) mit einer darstellung der "automation in
der wiener stadtverwaltung" beginnt der soeben veroeffentlichte
jahresbericht "die verwaltung der stadt wien 1971", der auf
244 seiten und mehreren bildtafeln einen ueberblick ueber alle
zweige der staedtischen verwaltung gibt. das buch ist um 80
schilling im verlag jugend und volk sowie in allen buchhandlungen
erhaeltlich.

0912

dr. otto ampferer zum gedenken

4 wien, 6.7. (rk) auf den 3. juli faellt der 25. todestag des alpengeologen dr. otto ampferer.

er wurde 1875 in innsbruck-hoetting als sohn einer bauernfamilie geboren und starb am 3. juli 1947. seine schulbildung empfang er in innsbruck, wo er auch sein universitaetsstudium auf den gebieten der mathematik, physik und geologie mit einer preisgekroenten arbeit abschloss. nach dem freiweilligenjahr bei den "tiroler-kaiserjaegern" trat er 1901 in den dienst der k.k. geologischen reichsanstalt und wurde mit geologischen landesaufnahmen in den nördlichen kalkalpen betraut. neben der geologischen landesaufnahme war dr. otto ampferer fortlaufend mit dem ausbau der geologischen theorie beschaeftigt. hauptergebnisse dieser arbeit sind die begruendung der unterstroemungslehre fuer die bildung der felsengebirge, die einfuehrung des begriffes der verschluckungszonen, der kerbwirkung, der reliefueberschiebung, der glutformung. auch in der lehre der eiszeitlichen ablagerungen hat dr. ampferer neue wege eingeschlagen. ein grosser teil seiner geologischen arbeiten galt der praktischen anwendung der geologie in verbindung mit dem ausbau der wasserkraftwerke in den alpen.

0930

fuehrungen durch das wiener rathaus

5 wien, 6.7. (rk) fuehrungen durch das wiener rathaus finden am samstag und am sonntag jeweils um 10 uhr und um 11 uhr statt. in der kommenden woche sind die termine fuer die fuehrungen jeweils montag bis mittwoch und freitag um 9, 11 und 15 uhr (donnerstag wie sonntag). die fuehrungen beginnen in der schmidt-halle des wiener rathauses (eingang zweierlinie). es fuehrt rathausfuehrer heinrich otto. samstag nachmittag koennen fuehrungen nur gegen voranmeldung durchgefuehrt werden. telefon 42 800, durchwahl 1050.

1009

geehrte redaktion !

7 wien, 6.7. (rk) wir erinnern daran, dass morgen, freitag, stadtrat dr. maria s c h a u m a y e r und polizeipraesident josef h o l a u b e k bei einer

p r e s s e k o n f e r e n z

die details der einbahnfuehrung der wiener ringstrasse bekanntgeben werden.

zeit: freitag, 7. juli, 11 uhr.

ort: zimmer 317 c im ersten stock des rathauses (der saal hinter dem gemeinderatsbuffet).

1034

innenring komplett:

dominikanerbastei freigegeben

8 wien, 6.7. (rk) die dominikanerbastei zwischen luoger-platz und franz josefs-kai ist donnerstag vormittag fuer den verkehr freigegeben worden. damit ist der innenring zwischen schottentor und franz josefs-kai in seiner ganzen laenge befahrbar.

1037

preisguenstige gemuese- und obstsorten

9 wien, 6.7. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: erbsen 6 bis 7 schilling, fisolen 8 bis 10 schilling, karotten 6 bis 7 schilling, paradeiser 7 bis 8 schilling je kilogramm, hauptelsalat 2 bis 2.50 schilling je stueck.

obst: ribisel (rot) 9 bis 12 schilling, marillen 12 bis 14 schilling, pfirsiche 9 bis 10 schilling je kilogramm.

1116

tiefkuehlanlage fuer staedtische baeckerei

10 wien, 6.7. (rk) der wirtschaftsausschuss des gemeinderates genehmigte donnerstag auf antrag von stadtrat otto p e l z e l - m a y e r die errichtung einer tiefkuehlanlage fuer die staedtische baeckerei im 16. bezirk. diese anlage (kostenpunkt 2,2 millionen schilling) wird es moeglich machen, die ofenheissen backwaren von 70 bis 80 grad auf minus 18 grad zu kuehlen. die errichtung einer tiefkuehlanlage hat sich angesichts der anforderungen an die staedtische baeckerei als unumgaenglich erwiesen. immerhin betrug die jahreskapazitaet 1971 1,7 millionen kilogramm backwaren.

ausserdem genehmigte der wirtschaftsausschuss die anschaffung von baumwollwaren im gesamtwert von 10,4 millionen schilling. es handelt sich dabei in erster linie um mollino fuer spitals- waesche. die vergabe erfolgte an insgesamt sechs firmen, davon vier in wien, eine in niederoesterreich und eine in oberoesterreich.

1128

Rindernachmarkt vom 6. Juli

20 wien, 6.7. (RK) Unverkauft vom Voermarkt 11 Kuehe, Summe 11.
Neuzufuhr Inland 0. Gesamtauftrieb 11 Kuehe, verkauft 0, unverkauft 11

Schweinenachmarkt vom 6. Juli

21 wien, 6.7. (RK) Inland kein auftrieb. Ausland: Ungarn 1049, DDR 239, Summe 1288, verkauft zum Preis von 16,30 bis 16,50.

Pferdenachmarkt vom 6. Juli

22 wien, 6.7. (RK) Kein auftrieb.

+++

Wiener Gemeinderat

Wien, 6. 7. (RK) Der Wiener Gemeinderat trat Donnerstag um 10 Uhr unter dem Vorsitz von Bürgermeister Slavik zu seiner für zwei Tage anberaumten vorletzten Sitzung vor der Sommerpause zusammen. Auf der Tagesordnung stehen die Budgetüberschreitungen für das Jahr 1971, der Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt, der Kontrollamtsbericht, der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke, der Rechnungsabschluß der Landwirtschaftsbetriebe der Stadt Wien und der Wirtschaftsplan der Landwirtschaftsbetriebe.

An Anfragen liegen vor: von der DFP elf, von der FPÖ fünf, von der ÖVP drei. Für eine weitere Anfrage der DFP und der FPÖ wurde die dringliche Behandlung beantragt. Darüber wird vor Ende der Sitzung abgestimmt.

Zwei Anträge der ÖVP betreffen die Schaffung von Schutzräumen bei Errichtung von öffentlichen Bauten der Stadt Wien und die Sanierung von Wiener Verkehrsflächen.

Vier Anträge der FPÖ betreffen den Abbruch eines Hauses im dritten Bezirk, die Beseitigung einer Verkehrsenge in der Erdbergstraße, die Schaffung einer echten Fußgängerzone im Bereich der Kärntner Straße und die Schaffung von Wasserzählern für Wohnungen, Büros und Geschäftsräume bei Errichtung von Neubauten.

Zwei Anträge der DFP betreffen die Bildung von Mieterräten in den städtischen Wohnhausanlagen und die Vertretung der städtischen Schulwarte während der Urlaubszeit.

Von Bezirksvertretungen liegen vier Anträge vor.

Zum Antrag von StR. Schweda (SPÖ), die im zweiten periodischen Bericht aus 1972 enthaltenen Überschreitungen für das Vorjahr in der Höhe von rund 488 Millionen Schilling zur Kenntnis zu nehmen, bemängelte GR. Wölger (DFP), daß die Gemeinderäte nicht in der Lage seien, alle dem Gemeinderat vorgelegten Geschäftsstücke auch tatsächlich genau zu prüfen.

StR. Schweda erklärte dazu, daß die Überschreitungen j bereits in den zuständigen Ausschüssen und anderen Gremien die Zustimmung der Vertreter aller Parteien gefunden haben.

Abstimmung: Von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen.

Der Rechnungsabschluß für 1971

Finanzstadtrat Otto Schweda (SPÖ) erstattete dann dem Gemeinderat den Bericht über den Rechnungsabschluß für 1971. Dies geschehe zu dem Zeitpunkt, in dem große Probleme für den Gesamtstaat, für die Länder und Gemeinden vor der Lösung stünden, da noch für heuer ein Arrangement mit der EWG erwartet werde, der Abschluß eines neuen Finanzausgleiches in seinen Grundsätzen in der kommenden Woche erfolgen dürfte, die Mehrwertsteuer die private und öffentliche Wirtschaft beschäftige und schließlich eine grundlegende Reform der Lohn- und Einkommensteuer bevorstehe. Schweda ging später sehr ausführlich auf die meisten dieser Probleme ein.

Zunächst beschäftigte er sich direkt mit dem Rechnungsabschluß der Stadt Wien für 1971, wobei er bedauerte, daß kein einziger Bürger vom Recht der Einsichtnahme Gebrauch gemacht habe. Der Vergleich des Rechnungsabschlusses mit dem Voranschlag zeige wesentliche Abweichungen auf der Einnahmenseite, insbesondere bei den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Dies sei dadurch zu erklären, daß zum Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlages auf Grund von Angaben des Wirtschaftsforschungsinstitutes bloß mit einem nominellen Wirtschaftswachstum von acht bis neun Prozent zu rechnen gewesen sei. Tatsächlich mache die Zuwachsrate für 1971 nominell 11,2 und real 5,2 Prozent aus. Damit liege Österreich bei der Wachstumsrate im Spitzenfeld der OECD-Länder, von denen nur wenige Wachstumsraten um fünf Prozent aufzuweisen hätten.

Die Mehreinnahmen der Ertragsanteile von über einer Milliarde Schilling seien hauptsächlich für zusätzliche Investitionen wie den U-Bahn-Bau, für Straßen und Kanäle sowie für den Großmarkt Inzersdorf aufgewendet worden. Was die allgemeine Rücklage angehe, so wurden hier zum Ausgleich des Defizits 60,4 Millionen Schilling entnommen, wodurch sie von 1.041 auf 980 Millionen Schilling gesunken sei. Der gesamte Rücklagenstand Wiens sei jedoch um 612 auf 4.308 Millionen Schilling gestiegen, weil mangels Baufortschrittes noch nicht zugezählte Wohnbaudarlehen den Sonderrücklagen zugeführt worden seien.

Ein Vergleich zwischen Rechnungsabschluß und Voranschlag, fuhr Schweda fort, zeige folgendes Bild. Die tatsächlichen Ein-

nahmen hätten 19.039 statt der veranschlagten 17.237 Millionen betragen, bei den Ausgaben lauteten die Ziffern 19.100 statt 17.533 Millionen. Statt des präliminierten Defizits von 296 Millionen sei bloß ein Abgang von 60,4 Millionen entstanden.

Die "bereinigten Einnahmen" setzten sich aus 2.700 Millionen oder 16,6 Prozent an Landes- und Gemeindeabgaben, aus 6.353 Millionen oder 38,9 Prozent an Einnahmen aus dem Finanzausgleich und aus 7.253 Millionen oder 44,5 Prozent aus Gebühren und sonstigen Einnahmen zusammen.

Von den bereinigten Ausgaben wiederum seien 4.607 Millionen oder 28,1 Prozent auf den Personalaufwand, 6.884 Millionen oder 42,1 Prozent auf den Sachaufwand und 4.876 Millionen oder 29,8 Prozent auf die Investitionen entfallen.

Ausführlich beschäftigte sich der Finanzstadtrat mit der Einnahmenstruktur, wobei er besonders darauf hinwies, daß der Anteil Wiens an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben rückläufig sei, obwohl umgekehrt die Einnahmen aus dem Finanzausgleich für das Wiener Budget einen immer größer werdenden Anteil darstellten. 1965 habe der Wiener Anteil an den gemeinschaftlichen Abgaben noch 27,53 Prozent betragen, während es im Vorjahr nur noch 26,7 Prozent gewesen seien. Umgekehrt hätten die Einnahmen aus dem Finanzausgleich im Vorjahr 38,9 Prozent des Wiener Budgets ausgemacht, während sie 1968 noch mit 36,7 Prozent zu Buche gestanden seien.

Im gleichen Zeitraum sei der Anteil der Einnahmen aus Gebühren und sonstigen Einnahmen von 46,5 auf 44,5 Prozent zurückgegangen, was ein Beweis für die vorsichtige Steuerpolitik der Stadt sei. Korrekturen würden nur vorgenommen, wenn die Schere zwischen den Einnahmen und Ausgaben zu groß werde.

Bei der Ausgabenstruktur wiederum sehe die Entwicklung so aus, daß den Investitionen eine steigende Bedeutung zukomme, machte im Vorjahr ihr Anteil doch 29,8 Prozent aus, während es 1968 noch 27,5 Prozent gewesen seien. Die Investitionen kämen überwiegend der Verbesserung der Infrastruktur zugute und schüfen damit die Voraussetzung für ein weiteres Wachstum der Wiener Wirtschaft.

Der neue Finanzausgleich

Sehr eingehend ging Schweda sodann auf die laufenden Verhandlungen um einen neuen Finanzausgleich ein.

Erst Mittwoch sei aus dem Finanzministerium ein neues Vorschlagspaket eingelangt, in dem der Finanzminister den Ländern ein Anbot von insgesamt 1.053 Millionen Schilling jährlich macht. Zwei Positionen davon, nämlich 250 Millionen Schilling als Beitrag für die Investitionen der Spitäler und 150 Millionen Schilling für eine Aufstockung des Wasserwirtschaftsfonds, seien deshalb noch nicht ganz geklärt, weil ja auch die Gemeinden Forderungen in diesen Sachgebieten erhoben hätten.

Die weiteren wesentlichen Angebote an die Länder enthielten 220 Millionen Schilling für die Lehrerbeseoldung und eine Erhöhung des Pauschales für die Auftragsverwaltung, eine Anhebung des Anteiles an der Sonderabgabe für alkoholische Getränke von 17 auf 30 Prozent - oder 170 Millionen Schilling - sowie eine Verbesserung im Teilungsverhältnis bei der veranlagten Einkommensteuer im Ausmaß von 175 Millionen Schilling.

Das Angebot an die Gemeinden wiederum umfasse einen Betrag von 2.123 Millionen Schilling jährlich, doch sei die größte Post erst ab 1974 wirksam: Es sei dies die Ermächtigung an die Gemeinden, den Bierverbrauch in die Getränkesteuer einzubeziehen. Die Gemeindeanteile an der Sonderabgabe für alkoholische Getränke sollte ebenfalls von 17 auf 30 Prozent angehoben und der Anteil an der Grunderwerbssteuer von 80 auf 96 Prozent erhöht werden. Zudem sollte diesem Anbot des Finanzministers zufolge die Bodenwertabgabe in eine gemeinschaftliche Bundesabgabe mit einem Anteil für die Gemeinden von 96 Prozent umgewandelt und zudem die Gemeinden ermächtigt werden, den Hebesatz bei der Grundsteuer A von bisher 400 auf 500 Prozent festzusetzen. Überdies biete der Finanzminister zusätzlich zu früheren Vorschlägen eine Weiterführung der Schulbaubehilfe von 100 Millionen Schilling und Zuschüsse für den Umweltschutz und zur Erleichterung des Personennahverkehrs von je 50 Millionen Schilling an. Für den Fremdenverkehr werde ein Zuschuß von 30 Millionen Schilling geboten.

Ein besonderes Problem zwischen Ländern und Gemeinden, fuhr Schweda fort, stelle seit jeher die Landesumlage dar. Nun biete sich die Möglichkeit an, diese systemwidrige Landesumlage in der Form zu beseitigen, daß die Länder auf 2,5 Prozent der gegenwärtig 14,5 Prozent der Ertragsanteile betragenden Landesumlage ersatzlos verzichten und zehn Prozent der Landesumlage gegen

Ertragsanteile der Gemeinden abgetauscht werden sollen. Für die letzten zwei Prozent der Landesumlage biete der Bund 163 Millionen Schilling an. Das Angebot enthalte schließlich noch den Verzicht des Bundes auf den Wiener Polizeikostenbeitrag, der 130 Millionen Schilling ausmache.

Die Haltung des Finanzministers sei von Beginn der Verhandlungen an gemeindefreundlich gewesen, jedoch so, daß er eine gleich schlechte Behandlung der größeren Industriegemeinden, wie sie ja bekanntlich beim Finanzausgleich 1967 vorgenommen worden sei, nicht akzeptieren würde. Der Finanzminister habe die Meinung vertreten, daß ein weiteres offenes Problem, nämlich das des interkommunalen Finanzausgleiches zwischen den einzelnen Verbänden, selbst gelöst werden sollte.

Schweda hob dann noch besonders hervor, daß er vom Finanzministerium gefordert habe, daß von den Mehreinnahmen des Finanzausgleiches 1973 Wien einen Anteil erhalten müsse, der seinem Bevölkerungsanteil an Österreich entspreche. Dies sei leider beim Finanzausgleich 1967 nicht der Fall gewesen. Man könne heute noch nicht sagen, ob in der kommenden Woche tatsächlich der neue Finanzausgleich abgeschlossen werde. Alle Partnergruppen hätten jedoch eindeutig und wiederholt festgestellt, daß sie für einen neuen Finanzausgleich und nicht für eine Verlängerung des bestehenden seien und es sich dabei um ein für alle Seiten tragbares Kompromiß handeln müsse.

Das Problem der Mehrwertsteuer

In seinem Bericht über den Rechnungsabschluß 1971 behandelte Finanzstadtrat Otto Schweda auch sehr ausführlich die durch die Einführung der Mehrwertsteuer entstehenden Probleme. In einem Gutachten für die Bundesländer werde auf Grund des Mehrwertsteuergesetzes für Wien eine Steigerung bei den Ausgaben von rund 2,1 Prozent angenommen. Dies hieße auf der Basis des Budgets 1972, daß Wien Mehrausgaben von rund 430 Millionen Schilling erwachsen würden. Dabei seien in diesem Betrag verwaltungstechnische Mehrbelastungen noch nicht berücksichtigt.

Die städtische Finanzverwaltung habe unmittelbar nach Einbringung des Regierungsentwurfes begonnen, durch organisatorische Maßnahmen nicht nur den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, sondern vor allem auch die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß einzelne Magistratsabteilungen als Betrieb gewerblicher Art

geführt werden und damit die Möglichkeit des Vorsteuerabzuges erhalten. Darüber hinaus seien nicht einwandfrei geklärte Probleme an das Finanzministerium herangetragen worden. Dazu gehörten etwa der U-Bahn-Bau und das Beschaffungswesen. Die Stadt Wien sei der Auffassung, daß diese Abteilungen als Betrieb gewerblicher Art zugeordnet werden könnten.

Trotz der bereits getroffenen organisatorischen Maßnahmen hätten erste Berechnungen überdies ergeben, erklärte Schweda, daß die Einführung der Mehrwertsteuer zu einer Verringerung bei der Kostendeckung führen werde, weil die Leistungen kommunaler Betriebe bisher in der Regel steuerfrei waren und nun mit acht Prozent belastet würden. Die Betriebe gewerblicher Art würden zudem auch durch die vorgesehene Investitionssteuer belastet.

Auch die bevorstehenden Reform der Lohn- und Einkommensteuer bringe nicht nur dem Bunde, sondern in erheblichem Ausmaß auch den anderen Gebietskörperschaften Verluste. Diese Belastungen könnten für die Stadt noch nicht exakt angegeben werden, doch schätze er, daß durch die noch 1972 wirksam werdende Vorleistung auf die Reform Wien einen Verlust von rund 150 Millionen Schilling erleiden werde. Für die folgenden drei Jahre laute die grobe Schätzung auf jährliche Mindereinnahmen von durchschnittlich 500 Millionen Schilling.

Der Kontrollamtsbericht

Finanzstadtrat Otto Schweda berichtete auch über den Wahrnehmungsbericht des Kontrollamtes für 1971. Er beschränkte sich dabei auf jene Feststellungen, die die Finanzverwaltung und die Unternehmungen der Stadt Wien betreffen. So habe das Kontrollamt mit einer gewissen Besorgnis darauf hingewiesen, daß die Hoheitsverwaltung für die Wiener Stadtwerke an Darlehen und Anleihen eine Kapitalschuld von rund 5,3 Milliarden Schilling trage und daß zusammen mit der Zinsenlast daraus ein Geldbedarf von 7,6 Milliarden Schilling resultiere. Obwohl auch ihm diese Entwicklung Sorge bereite, erscheine es ihm im höchsten Maße unangebracht, die größer werdende Verschuldung bei den Stadtwerken als Ausdruck der Unfähigkeit und Mißwirtschaft der Unternehmungen hinzustellen, wie dies immer wieder versucht werde. Nicht nur in Wien, sondern auch in allen anderen ver-
./.

gleichbaren Ländern werde das Mißverhältnis zwischen den Ansprüchen an kommunalen Leistungen und den dafür erzielbaren Preisen immer krasser. So lange es nicht gelinge, auf längere Sicht durch Rationalisierungen wie etwa durch eine möglichst enge Koordinierung der Energie- und Verkehrsträger diese "Schere" zu schließen, müßten tarifpolitische Entscheidungen immer wieder an den Gemeinderat herangetragen werden. Es müsse das Ziel sein, die Substanzverluste bei den Versorgungsunternehmen zu verhindern, um sicherzustellen, daß diese Unternehmungen die von der Bevölkerung erwarteten erhöhten und verbesserten Leistungen erbringen könnten.

Zur Verschuldungsfrage und zur Rücklagepolitik wolle er deshalb jetzt nicht Stellung nehmen, fuhr Schweda fort, weil der Rechnungshof bekanntlich gerade diese beiden Bereiche ganz besonders sorgfältig prüfe. Was nun den Kontrollamtsbericht über die Beteiligungsunternehmen angehe, so sei eine im allgemeinen zufriedenstellende Geschäftsführung zu erkennen. Damit wolle er keineswegs die Tatsache verschweigen, daß bei einzelnen Unternehmungen gewisse Fehldispositionen und Ordnungswidrigkeiten vorgekommen seien. Vor allem die Heizbetriebe, die Hafensbetriebsgesellschaft und die Wiener Stadthallengesellschaft seien mit ernsthaften Schwierigkeiten konfrontiert. Zur wirtschaftlichen Situation der Wiener Stadthalle meinte Schweda noch abschließend, daß dieses Unternehmen die Tilgung des seinerzeit aufgenommenen Großkredites und die Abschreibungen für die Hallenobjekte verkraften müsse. Er trete dafür ein, daß die Stadt dem Unternehmen in jenen Belangen, in denen es sachlich vertretbar erscheine, Hilfe gewähre. Er könne sich vorstellen, daß etwa die Verträge über die Führung einzelner Sportstätten revidiert werden sollten.

./.

In der Debatte erklärte GR. Dr. Tuma (DFP), er habe volles Verständnis für die Befriedigung des Finanzstadtrates über die ausgeglichene Gebarung, wie sie sich im Rechnungsabschluß darstelle. Er gestehe auch zu, daß sich SPÖ und ÖVP im Rathaus sehr bemühten, gute Arbeit zu leisten. Dies allein sei jedoch zu wenig. Wenn man nämlich die Klagen der Menschen in dieser Stadt höre, dann zeige sich, daß das Erreichte im Verhältnis zum geleisteten Aufwand eher ärmlich sei. Die DFP werde deshalb der Genehmigung des Rechnungsabschlusses nicht zustimmen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) wies darauf hin, daß die Einnahmen stärker gestiegen seien als die Ausgaben: Das sei aber mitnichten das getreue Spiegelbild einer tatsächlichen Entwicklung. Vielmehr profitiere der Staat - im Gegensatz zu seinem Bürger - sehr kräftig von der inflationistischen Entwicklung, und überdies liege der Verdacht nahe, daß die Schätzung der Einnahmen von Anfang an bewußt niedrig gehalten worden sei.

Einsparungen wie beispielsweise die Herabsetzung des Anteils der Personalkosten an den Gesamtausgaben auf 28,1 Prozent seien sehr erfreulich. Das Bild ändere sich allerdings schlagartig bei der Betrachtung von steigenden Sonderrücklagen, die offensichtlich ganz eindeutig auf Kosten der Errichtung von Anlagen gingen. Das gelte für den Wohnbau ebenso wie für den Bereich des Hochwasserschutzes, wo die Verbauung von nicht einmal der Hälfte der bereitgestellten Budgetmittel auf schwere Planungsmängel schließen lasse. Zum Kontrollantsbericht erklärte Hirnschall, die Stadtplanung sei bei der Vergabe von Aufträgen in einer Reihe von Fällen offenbar unqualifizierten Büros "aufgesessen", unqualifiziert allerdings lediglich im Erbringen der versprochenen Leistung. Beim Kassieren der Honorare hätten diese Büros durchaus erfolgreich agiert. Hirnschall erwähnte dann noch verschiedene Wahrnehmungen des Kontrollantes, wie Verstöße gegen die Vergabebedingungen bei Ausschreibungen oder den, wie er sagte, verfehlten Personaleinsatz im Werkstättenbetrieb der Verkehrsbetriebe.

Die Kritik von GR. Dr. Wöber (ÖVP) setzte vor allem bei der Rücklagenpolitik an: Seit Jahren würden große Kredite aufgenommen, die wiederum mit geringen Zinsenerträgen wieder auf die hohe Kante gelegt werden. Allein 1971 seien 300 Millionen Schilling für Investitionen aufgenommen und wieder in einen "wertvermindernden

Sparstrumpf" gesteckt worden. Insgesamt hätten die "freiwilligen Rücklagen" eine Höhe von rund 2 Milliarden Schilling erreicht. Wöber wandte sich dagegen, daß dieses Investitionskapital brach liegen bleibt. Kritik übte der Redner auch an der Feststellung des Kontrollamtes, daß die Zinsenerträge nicht genau erfaßbar seien. Hingegen begrüßte er die jüngst eingeschlagene Anlagepolitik mit Wertpapieren.

Da die Rücklagepolitik im Kontrollamtsbericht mit zu erwartenden höheren Kosten später erforderlicher Kredite begründet wird, stellte GR. Dr. Wöber die Frage an die SPÖ-Fraktion: "Haben Sie so wenig Vertrauen in die gegenwärtige Wirtschaftspolitik?".

Der Redner stellte fest, daß die Wiener Wohnbautätigkeit trotz steigender Investitionen wegen der inflationären Tendenzen rückläufig sei (Zwischenruf Stadtrat Pfoch: "Die Bodennot ist der Grund").

Die gegenwärtigen Preissteigerungen bis zu 6,4 Prozent seien alarmierend. Die Einführung der Mehrwertsteuer lasse neue Belastungen für Wien befürchten. Wöber forderte, daß bei den Verhandlungen um den Finanzausgleich keine Nachteile für die Wiener Bevölkerung erwachsen dürfen.

Abschließend urgierte der Redner die Vorlage eines mehrjährigen Investitions- und Budgetkonzepts.

GR. Mayrhofer (SPÖ) stellte mit Genugtuung fest, daß es gelungen ist, den Rechnungsabschluß vorzeitig dem Gemeinderat zu unterbreiten. Der Budgetentwurf war so erstellt, daß die präliminierten Einnahmen als Mindestansatz, die präliminierten Ausgaben hingegen als Höchstgrenze betrachtet wurden. Daß dennoch im Rechnungsabschluß 1971 ein Abgang von 60,4 Millionen Schilling ausgewiesen wird, zeigt, daß 1971 ein Jahr war, in dem Großvorhaben einmaliger Art in Angriff genommen wurden, die natürlich ihren Niederschlag in den Ausgaben finden mußten. Der Budgeterstellung wurde eine reale Zuwachsrate des österreichischen Bruttonationalproduktes um vier Prozent zugrunde gelegt, tatsächlich wurden es erfreulicherweise mehr als 5,2 Prozent.

Auch diese Tatsache mußte in der Gebarung der Stadt Wien ihren Niederschlag finden.

Betrachtet man die Einnahmenentwicklung, so fällt auf, daß die Steigerung perzentuell gesehen ausschließlich auf die Einnahmen aus dem Finanzausgleich zurückzuführen sei und ihre Ursache offenbar im erhöhten Aufkommen bei der Lohnsteuer, der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer hat. Zwei Fünftel der Mittel, die Wien zur Bestreitung seiner Aufgaben zur Verfügung stehen, fließen auf dem Weg über den Finanzausgleich in unsere Stadtkasse. Dabei muß festgestellt werden, daß Wien bei der Aufteilung natürlich keine Bevorzugung erfährt. So stammen zum Beispiel von den 1969 in ganz Österreich aufgebrauchten 18.037 Millionen Schilling gemeinschaftlicher Bundesabgaben 7.592 Millionen von Wiener Steuerpflichtigen. Davon verblieben aber nur 4.807 Millionen Schilling in Wien. Diese Umverteilung, der das Finanzausgleichsgesetz zugrundeliegt, beweist letzten Endes auch, daß das Wort vom "Wasserkopf Wien" auch wirtschaftlich jede Bedeutung verloren hat.

Beachtenswert sei, daß sich der Anteil der Gebühren und sonstigen Einnahmen von 45,6 Prozent im Voranschlag auf 44,5 Prozent im Rechnungsabschluß vermindert hat. So haben zum Beispiel die Wassergebühren nicht einmal den veranschlagten Ansatz erreicht. Der Gemeinderat wird sich daher seiner Verpflichtung nicht entziehen können, eine Neuregelung zu treffen. Das gelte auch für die Kanalgebühren und die Müllabfuhrabgabe. Der Personalaufwand blieb - trotz wesentlicher besoldungsrechtlicher Verbesserungen - um 65 Millionen hinter dem Voranschlag zurück. Die Hauptursache ist hier, daß der Dienstpostenplan nicht voll ausgeschöpft werden konnte.

Der Investitionsaufwand hat im vergangenen Jahr einen Anteil von 29,8 Prozent erreicht, die Ausgaben für das Baugewerbe sind sogar auf 36,3 Prozent gestiegen. Eine große

Rolle spielt hier der U-Bahn-Bau, der mehr als ein Fünftel der Gesamtinvestitionen benötigt. Während 1968 rund zwei Drittel der Investitionsmittel dem Hochbau zugeführt wurden und etwa ein Viertel dem Tiefbau, wird derzeit mit gleichen prozentuellen Anteilen für Hoch- und Tiefbau gerechnet.

Expandierende Betriebe, eine florierende Wirtschaft, getragen von Arbeitnehmern mit hohem Ausbildungsstand, tragen wesentlich zur Stärkung der Finanzkraft unserer Stadt bei. Es wurde daher der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt durch die Bereitstellung von Industriegründen, wirtschaftsfördernde Maßnahmen und Bereitstellung von günstigen Krediten besonderes Augenmerk geschenkt. Nicht unwichtig für die Wiener Wirtschaft sei auch die Gewinnung neuer Arbeitskräfte, denn nur dadurch könne der sinkende Beschäftigtenstand wieder auf die ursprüngliche Höhe gebracht werden.

Die berühmte "Rathausmilliarde" sei auf 980 Millionen gesunken. Eine derartige Rücklage sei jedoch zum Ausgleich von Einnahmenschwankungen zur vollen Ausnützung der Baukapazität und aus Kapitalmarktgründen unbedingt notwendig.

Abschließend stellte GR. Mayrhofer fest, daß die Sozialisten das den Wiener Wählern vorgelegte Programm laufend erfüllen. Die Zeiträume, für die heute gearbeitet wird, sind jedoch größer und weiträumiger geworden und reichen über den Rahmen einer Funktionsperiode hinaus. Insbesondere auf dem Planungssektor werden bereits die Grundlagen für das städtische Leben unserer Kinder erarbeitet.

GR. Joachim Müller (DFP) kritisierte den von Jahr zu Jahr steigenden Aufwand für Empfänge und forderte eine sparsamere Verwendung der öffentlichen Gelder. Als einen besonderen Schwerpunkt im Kontrollamtsbericht bezeichnete er die Planung. Durch eine bessere Planung könnten besonders beim Hoch- und Tiefbau bedeutende Mittel erspart werden.

Der Umweltschutz sei bereits zu einem Schlagwort geworden. Gerade Wien habe jedoch auf Grund seiner städtebaulichen Lage hier eine besondere Verpflichtung: Es gelte, die bestehenden Grünflächen zu erhalten, nicht, sie zu verbauen. Als weitere Ursachen für verschiedene Fehlplanungen bezeichnete der Redner die Schwerfälligkeit der Verwaltung, den Mangel an Kooperationsbereitschaft innerhalb der verschiedenen Magistratsabteilungen sowie die vielfach aufgeblähten Verwaltungsapparat. Hier wäre ein langfristiges Gesamtkonzept zu erstellen und eine Verwaltungsreform notwendig, um dem Steuerzahler unnötige finanzielle Belastungen zu ersparen.

Seinen Ausführungen zum Kontrollamtsbericht schickte GR. Dr. Wolfram (FPÖ) zwei Feststellungen voraus: Verschiedene Abteilungsleiter innerhalb des Magistrats kümmerten sich offensichtlich nicht im geringsten um die Kritik des Kontrollamtes, andere Beamte wieder empfänden Kritik der politischen Opposition zu Unrecht als persönliche Beleidigung.

Wolfram bekräftigte die Ausführungen des Kontrollamtsberichtes in einigen Belangen des Bauwesens, so hinsichtlich des, wie er sagte, bedenklichen Tiefstandes im Umfang des Wohnbaus: Die Zahl von 3.745 begonnenen Wohnungen im Jahre 1971 stelle einen Minusrekord dar, verglichen mit den Zahlen der vergangenen Jahre. Der Einwand der immer schwieriger werdenden Grundfreimachung sei unglaubwürdig.

Die Heizbetriebe wiederum hätten ein Stück Fernwärmeleitung zwar bereits 1969 fertiggestellt, aber nicht in Betrieb genommen und außerdem noch 1971 eine Baurate von 3,2 Millionen Schilling für eben dieses Leitungsstück beantragt.

In zwei Punkten allerdings - sie betreffen die Verwaltungsgruppe Wohlfahrtswesen - empfahl Wolfram, Anregungen des Kontrollamtes nicht zu folgen. Eine Reduktion des Personals in den Lehrlingsheimen, etwa proportional den sinkenden Belagsziffern der Heime, sei bestimmt nicht sinnvoll: Kämen weniger Lehrlinge auf einen Betreuer, so könne sich dieser intensiver um den einzelnen Lehrling kümmern.

Dasselbe gelte für Restriktionsvorschläge hinsichtlich der Mutterberatungsstellen. Hier sei die Erziehungsaufgabe der Gemeinschaft sowie die Schließung von Informationslücken bei jungen Müttern so dringend und wesentlich, daß an einen Abbau nicht gedacht werden könne. Dasselbe gelte im übrigen für die Sozialberatungsstellen.

Abschließend meinte Wolfram, man könne nicht herausfinden, ob das Kontrollamt in der Feststellung von Mängeln viel oder wenig "weise Beschränkung" geübt habe. Das werde sich erst dann genau beurteilen lassen, wenn der Bericht des Rechnungshofes als Vergleichsmöglichkeit vorliege.

GR. Lehner (ÖVP) sagte, daß EDV-Fachleute weniger mit Hilfe von Sonderverträgen, als vielmehr aus dem Beamtenreservoir gewonnen werden sollten. Die Beamten müßten dafür entsprechende Zulagen bekommen. Lehner bedauerte dann, daß alle Anträge der ÖVP auf Ausschreibung des Postens eines Leiters des PID bisher abgelehnt wurden.

In einem Antrag verlangte dann Lehner ein eigenes Gehaltsschema für das Krankenpflegepersonal, um dem Schwesternberuf in Wien eine größere Attraktivität geben zu können. Das neue Gehaltsschema Niederösterreichs sei besser als die geltende Wiener Regelung, was durch die Abwanderung von Krankenpflegepersonal nach Niederösterreich deutlich gezeigt werde.

Zum Thema Altenbetreuung verlangte der Redner ein Umdenken. Es sollten weniger die Experten, sondern vielmehr die Betroffenen selbst befragt werden, welche Art von Betreuung sie wollen.

Zur Debatte um Kinderspielplätze und um das "Gstettenkonzept" bedauerte Lehner, daß diese neuen Ideen nicht schon vor Jahren entwickelt wurden. Über die künftige Gestaltung des Rathausplatzes verlangte der Redner "mehr Transparenz". Wenn nun von einem "Kunstrasen" gesprochen werde, sei zu befürchten, daß als nächstes auch "künstliche Bäume" folgen: "Unser grünes Wien wird dann aus Plastik bestehen". Zur Kindergartensituation bedauerte der Redner, daß nicht die genügende Zahl von Kindergartenplätzen und vorschulischen Ausbildungsmöglichkeiten geboten werden können.

Hinsichtlich der Verpflegung in den Spitälern, die immer wieder Anlaß zu Klagen gebe, plädierte Lehner für eine Erhöhung der Verpflegungsgebühren, um eine Verbesserung der Qualität zu erreichen. Zum Gesundheitskonzept des Bundes stellte der Redner fest, daß hier wohl manches vom Wiener Gesundheitskonzept "abgeschrieben" sein muß.

GR. Lausecker (SPÖ) stellte zu der Forderung nach einem eigenen Gehaltsschema für das Krankenpflegepersonal fest, daß man nicht alle Berufe nur mit Geld attraktiver machen könnte. Es werde immer Berufsgruppen geben, deren Dienst es schwer macht, ausreichend Personal zu finden. Der öffentliche Dienst wurde bisher immer als Ganzes betrachtet und im Rahmen dieses Ganzen wurde versucht, Einzelbelastungen entsprechend abzugelten. Bund, Länder und Gemeinden haben gemeinsam mit den sozialistischen und christlichen Gewerkschaftsfraktionen einem Übereinkommen zugestimmt, das eine Bezugsregelung für die öffentlich Bediensteten in vier Etappen vorsieht. Gemeinsam mit dem Spitalerhalterverband wurde dann außerdem eine Vereinbarung getroffen, die dem Krankenpflegepersonal Dienstzulagen bringt, die als Bestandteil ihres Bezuges zu gelten haben. Es hat daher diese Dienstnehmergruppe - außer der allgemein geltenden Erhöhung - durch die Gewährung von Dienstzulagen je nach ihrer Verwendung eine Erhöhung der Bezüge erfahren, die zwischen 7,7 und 12,5 Prozent liegt. Bei Vergleichen mit Niederösterreich dürfte man nicht übersehen, daß in Wien 55 bis 60 Prozent der in der Krankenpflege Beschäftigten pragmatisiert sind, in Niederösterreich ist es jedoch nur ein verschwindend geringer Prozentsatz. Vorteile der Dienstpragmatik dürften hier gleichfalls nicht übersehen werden.

Den Kontrollamtsbericht bezeichnete der Redner als ein wertvolles Instrument für ein freigewähltes demokratisches Gremium. Man dürfe seine Feststellungen und die vorgenommenen Beanstandungen aber nicht nur auf Fehler, Nachlässigkeiten oder Unkorrektheiten eines Bediensteten zurückführen. Die Rechtsentwicklung wird hier nicht immer nahtlos mit den erforderlichen Gegebenheiten des Alltags zusammenpassen können.

Der aufgezeigte perzentuelle Anteil des Personalaufwandes am Gesamtaufwand sei mit 28,1 Prozent überaus günstig. Interessant sei der Bericht über die elektronische Datenverarbeitung. Hier wird man in Zukunft noch mehr als bisher aus dem vorhandenen Personalstand schöpfen und entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten geben müssen.

StR. Suttner verwies darauf, daß in den Wohnbauten der Gemeinde Wien derzeit 500 Kinderspielplätze bestehen, doch werde nun geprüft, wo neue Spielflächen in bereits bestehenden Grünanlagen errichtet werden können. Auf Grund der bisherigen Ergebnisse werde man erfreulicherweise in der Lage sein, schon in nächster Zeit 150 Spielflächen in Grünanlagen innerhalb von Wohnhausanlagen freizugeben.

Zur Wohnbauförderung: Am Rückgang der Wohnbautätigkeit in den Jahren 1970/71 sei das von der ÖVP im Jahre 1968 beschlossene Wohnbauförderungsgesetz schuld. Mit der vom Wiener Gemeinderat beschlossenen Anhebung der Wohnbauförderungsansätze werde es jedoch voraussichtlich schon 1974 zu einer fühlbaren Senkung der derzeitigen Rücklagen kommen. StR. Suttner führte in diesem Zusammenhang die Erhöhung der Wiener Wohnbauförderungsmittel an, die im ersten Halbjahr 1971 252,6 Millionen Schilling betragen, im ersten Halbjahr 1972 jedoch auf 970,6 Millionen Schilling erhöht wurden.

Zu den viel zitierten Vergleichen mit anderen Bundesländern meinte Suttner, daß diese Ziffern keinesfalls immer echt vergleichbar seien. Bei den Bundesländern seien bekanntlich auch Bungalows von Ausländern sowie Zweitwohnungen in den Ziffern enthalten, während die Wiener Wohnbauziffern echte Ziffern sind. Abschließend stellte der Redner fest, man sollte die Ursachen für das Absinken der Wohnbauleistung in Wien dort suchen, wo sie tatsächlich liegen, nämlich in den seinerzeit von der ÖVP beschlossenen gesetzlichen Grundlagen.

GR. Krenn (FPÖ) unterstrich die Anmerkungen des Kontrollamtes zur Führung verschiedener städtischer Versorgungsbetriebe. Insbesondere auf dem Spitalssektor liege vieles im argen: Eigene Hausfleischereien arbeiteten wesentlich teurer als private Unternehmen. Auch die Wäscheanstalten der Stadt Wien seien nicht konkurrenzfähig. Der Redner forderte eine Überprüfung dieser städtischen Betriebe und brachte einen Beschlußantrag seiner Partei ein, in dem der

Bürgermeister ersucht wird, den Auftrag zu einer Untersuchung zu geben, welche Betriebe durch private Unternehmen ersetzt werden können. Weiters urgierte er ein Spitalskonzept und kritisierte die Geschäftsführung der Stadthallen Kiba Betriebsges.m.b.H.

GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) meinte, Stadtrat Suttner habe nicht in allen Punkten recht, denn einem Bericht der Verbindungsstelle der Bundesländer sei zu entnehmen, daß lediglich in Wien und in Kärnten die Wohnbautätigkeit rückläufig sei. Überdies sollte geprüft werden, ob nicht auch administrative Schwierigkeiten an manchen Verzögerungen beim Wohnbau schuld seien.

Ausführlich beschäftigte sich dann der Redner mit dem Kontrollamtsbericht zur Stadtplanung. Er forderte dabei, daß alle Gemeinderatsmitglieder erfahren müßten, welche Planungsaufträge auch der Stadtrat in eigener Kompetenz vergebe. Seiner Meinung nach könne man nicht gegen die Bevölkerung planen, wie etwa die Beispiele Grinzing, Sternwartepark oder Gürtelautobahn bewiesen. Die Information der Bevölkerung sei mangelhaft und es sei zudem schlecht, wenn gewisse Planungsvorhaben in Form von Gerüchten publik würden. Er teile jedenfalls nicht die Meinung mancher Fachleute, daß die Einschaltung der Bevölkerung bei Planungsvorhaben zu Reibungsverlusten führen müsse.

Mayr nannte als Beispiel für mangelnde Koordinierung den im Kontrollamtsbericht aufgezeigten Fall, daß ein Architekt bei der Bearbeitung zweier Aufträge von verschiedenen Voraussetzungen ausgegangen sei und überdies, daß eine städtebauliche Studie für das Planungsgebiet Operngasse-Wiedner Hauptstraße erst 1973 fertiggestellt sein soll, obwohl wichtige Entscheidungen bereits gefallen seien beziehungsweise bis dahin noch fallen dürften. Der Redner urgierte dann noch den Bau der Albertina-Garage und meinte, daß ein Bekenntnis zur Regionalplanung, wie es in den Leitlinien enthalten sei, nicht nur bei der Frage des Verkehrsverbundes manifest werden sollte, sondern vordringlich auch beim Problem, der Wiener Bevölkerung den Naherholungsraum in Niederösterreich zu sichern.

Im Zusammenhang mit der Erörterung des Kontrollamtsberichtes zur Geschäftsgruppe Hochbau legte Dr. Mayr einen Antrag vor, künftig auch beim Bau von Fertigteilwohnungen Ausschreibungen vorzunehmen und dazu alle in Frage kommenden Unternehmen einzuladen.

Grundsätzliche Erklärungen zur Einstellung seiner Fraktion gegenüber der Planung gab GR. Edlinger (SPÖ) ab: Der Sozialist sehe Planung als interdisziplinären Prozeß zur Findung optimaler Lösungen. Restriktive Planung berge die Gefahr, daß der Generation von morgen Möglichkeiten verbaut würden. Edlinger dankte namens der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion den Beamten der Stadtplanung und des Kontrollamtes. Kontrolle sei zusammen mit der Kritik ein wichtiges Element in der Demokratie. Er wolle aber, sagte Edlinger, klarstellen, daß der Gemeinderat keinem kontrollierenden Amt, sondern nur der Wiener Bevölkerung verantwortlich sei.

Edlinger erläuterte dann an einem praktischen Beispiel - der Geschichte der Großfeldsiedlung - die Planungswirklichkeit, die darin bestehe, daß sich planende Institutionen auf den Wechsel in den Voraussetzungen der Planung einstellen müßten. Das sei es nämlich, was fälschlich immer wieder als Fehlplanung bezeichnet werde. Darüber hinaus sei es ein Anliegen der Sozialisten im Wiener Gemeinderat, neue Formen der Teilnahme des Bürgers an den Entscheidungen der Verwaltung zu erproben. Das allerdings werde von der sogenannten unabhängigen Presse mißverstanden und führe dort zur Entwicklung von Negativismen. Edlinger zitierte einen Artikel aus einer Wiener Tageszeitung, in welchem Vergleiche zwischen Wien und München angestellt werden, bei denen, wie der Redner sagte, die ganze "bürgerlich-konservative Wien-Feindschaft" zutage trete. Das sei die Art von Presseprodukten, die sich der Verbreitung scheinbarer Sensationen verschrieben habe.

Edlinger äußerte sich auch zu den angeblich unbrauchbaren Studien, die von der Stadtplanung vergeben worden seien. Diese Studien seien nicht umsonst gewesen. Aber man werde den betreffenden Planungsbüros künftighin Mißtrauen entgegenbringen müssen. Schließlich wies der Redner noch darauf hin, daß ja die "Wahrnehmungen" des Kontrollamtes nur Mängel beträfen. Angesichts der vielen hundert positiv erledigten Gemeinderatsbeschlüsse seien die aufgezeigten Mängel "einkgermaßen verzeihlich".

GR. Zörner (ÖVP) urgierte in seinem Debattenbeitrag eine generelle Grünflächenplanung, die Flächenwidmung für ein Weinbauschutzgebiet und ein Kleingartenkonzept.

Vor allem die inneren Bezirke 1, 6 und 7 seien hinsichtlich Grünflächen wesentlich benachteiligt. Der Redner stellte die Frage, ob der Stadtgardendirektor bei der Vielfalt seiner Agenden - Geschäftsführer der Heilquelle Oberlaa, WIG-Planung und sogar Fußballpräsident - überhaupt in der Lage sei, seine Aufgaben richtig zu erfüllen. Das Fehlen eines Grundsatzbeschlusses über ein Thermalschwimmbad auf dem Gelände der WIG kritisierte Zörner ebenso wie die mangelhaften Anstrengungen zur Qualitätsverbesserung des Badewassers der Alten Donau. Auf das Landschaftsschutzgebiet der Lobau werde durch den Plan einer Wasserleitung und einer Hochspannungsleitung, dem sechs Hektar Wald zum Opfer fallen würden, ein neuer Anschlag vorbereitet. Dabei biete sich als Alternative eine Trassierung der Leitungen im Zusammenhang mit der Verbreiterung des Marchfeldschutzdammes an. Schließlich forderte der Redner die Arbeitsaufnahme des Umweltschutz-Beirates und eine großzügige Gesinnung in allen Umweltschutzbelangen.

GR. Arthold (ÖVP) kritisierte, daß in den neuen Siedlungsgebieten die notwendigen Schulbauten und Kindergärten erst Jahre nach der Besiedlung dieser Gebiete fertig werden. In der Per Albin Hansson-Siedlung und in der Großfeldsiedlung habe man Schulpavillons errichtet. Man baue also zweimal: zuerst mobile Klassen, dann die stabile Schule. Bei entsprechender Planung könnten hier bedeutende Beträge erspart werden. Sehr im argen sei das Problem der Berufsschulen. Für den Bau der Gastgewerbeschule waren Beträge vorgesehen, aber auch diese wurden bisher nur zu 50 Prozent ausgenützt. Im kommenden Budget müßten mehr Mittel für den Bau und die Ausgestaltung der Berufsschulen veranschlagt werden.

Unverständlich sei es seiner Fraktion bereits seit Jahren, für wen beim Holzwerk Spittelau ein Bürohochhaus errichtet werde. Nun suche man dafür Mieter, plane aber andererseits den Bau eines Datenverarbeitungszentrums an anderer Stelle. Diese und andere Unzulänglichkeiten führen dann dazu, daß sich die Wärmeabnehmer übervorteilt fühlen.

Eine bessere Planung wäre auch beim U-Bahn-Bau notwendig. Der Tunnelbau ging zwar rasch vonstatten, aber eine ganze Reihe von Nebenbauten und Nebeneinrichtungen seien verzögert worden. Der

Redner stellte den Beschlußantrag, der Tiefbaustadtrat möge einen Zwischenbericht über den U-Bahn-Bau und den Planungsstand vorlegen.

Völlige Planungslosigkeit zeige sich bei verschiedenen Straßenbauvorhaben im Süden Wiens. So habe man unter anderem hier zwar die Laxenburger Straße fertiggestellt, die Laaer Bergstraße aber trotz Bereitstellung der notwendigen Mittel bis jetzt nicht berücksichtigt. Bis heute gäbe es für den 10. Bezirk keine entsprechende Detailplanung, obwohl der Gemeinderat bereits vor Jahren eine solche in Auftrag gegeben habe. Seit 1964 verlange seine Fraktion auch die Erstellung eines Generalverkehrsplanes.

GR. Bednar (SPÖ) wies den Vorwurf seines Vorredners zurück, daß es in der Planung immer wieder zu Fehlern und Verzögerungen gekommen sei, so sei die Verzögerung des Baubeginnes des Donauhochwasserschutzes beim Nußdorfer Wehr durch den Einspruch des Bundesdenkmalamtes bedingt gewesen. Ebenso sei die mitunter schwierige Firmenabsiedlung eine echte Begründung für die Verzögerung. Jahrelang habe die ÖVP die Chance gehabt, es besser zu machen, doch habe sie keine brauchbaren Vorschläge gemacht.

Die Errichtung einer U-Bahn habe sich nicht nur in Wien, sondern auch in anderen Städten der Welt als ein schwieriges Bauvorhaben erwiesen und es müsse daher stets der jeweiligen Situation im Rahmen des Bauvorhabens Rechnung getragen werden. Daß die Planung der Wiener U-Bahn bisher ausgezeichnet funktioniert habe, dafür sprecheneindeutig die bisherigen raschen Baufortschritte.

Bezüglich der von seinem Vorredner geübten Kritik an verschiedenen Straßenbauten sprach Bednar die Vermutung aus, daß sich dieser anscheinend zuwenig genau über die örtlichen Gegebenheiten informiert habe. Die Planung habe auch hier voll entsprochen.

Die geübte Kritik am Stadtgartenamt und seinem Direktor sei mehr als unangebracht gewesen und zu verurteilen.

Zum Thema Umweltschutz: In Wien geschehe diesbezüglich bereits einiges, etwa durch die Errichtung der neuen Großkläranlage in Kaiser-Ebersdorf, durch die Versorgung der Bevölkerung mit Fernwärme und durch die Schaffung verschiedener Erholungsgebiete in der Umgebung der Stadt.

Der Redner wies auch die Vorwürfe bezüglich des Erholungs- und Landschaftschutzgebietes Lobau zurück. Die schwerwiegenden Eingriffe in dieses Gebiet durch die Errichtung eines Ölhafens seien bereits in den Jahren 1939/40 vorgenommen worden. Dafür könne die heutige Stadtverwaltung nichts. Was das vielkritisierete Dampfkraftwerk betreffe, so erfolge seine Errichtung im Interesse von zehntausenden Wienern. Daß man ein solches Werk nicht im verbauten Gebiet errichten könne, sei wohl selbstverständlich.

GR. Dr. Habl stellte dem Bericht des Kontrollamtes das beste Zeugnis aus. Es sei weder versucht worden, Dinge aufzubauschen, noch zu verniedlichen. Sein Hauptthema zum Kontrollamtsbericht: die Geschäftsgruppe X - und hier insbesondere die Grundtransaktionen und der Grundbesitz der Stadt Wien. Nach Meinung des Redners seien allzuvielen städtischen Grundflächen ungenutzt (insgesamt mehr als zehn Prozent des gesamten städtischen Grundbesitzes). Er regte - wo es möglich ist - vor allem eine vorübergehende Nutzung an. Park-, Sport- und Spielplätze könnten ohne große Kosten temporär geschaffen werden. Kritik am Rande: In der Geschäftsgruppe X fehlen Unterlagen: nur so sei es möglich, daß beispielsweise im 7. Bezirk zwölf Flächen als unbenutzt ausgewiesen, in Wirklichkeit aber elf Flächen für den Verkehr verwendet werden.

Ein "Dorn im Auge" sei ihm die undurchsichtige Abgrenzung der Kompetenzen der WIBAG. Einerseits heiße es, die WIBAG könne Interessenten die besten Chancen für einen Grundkauf bieten, andererseits höre man immer wieder, daß Interessenten mit der Stadt Wien verhandeln. Welche Aufgabe fällt der WIBAG nun wirklich zu, fragte der Redner. Nach einer Urgenz für echte Interessensabwägungen bei Grundstückskäufen schloß Dr. Habl mit der Versicherung, daß die ÖVP im Interesse Wiens und seiner Bewohner auch in Zukunft bei allen Grundstücksangelegenheiten kreativ mitarbeiten werde. .

GR. Hoffmann (ÖVP) beschäftigte sich mit den gemischtwirtschaftlichen Unternehmen. Der Kontrollamtsbericht sei die einzige Möglichkeit, daß der Gemeinderat einiges aus diesen Geschäftsbereichen erfahre. Hoffmann meinte, es sei nicht ganz verständlich, wenn die Stadthallengesellschaft trotz des Rückgangs des Kinobesuchs weitere Kinos kaufe. Die Ankündigung von Stadtrat Schweda, er sei für eine Hilfe an die Stadthallengesellschaft, lasse Schlimmes erwarten, müsse man doch mit Monsterzahlungen rechnen. Der Hinweis des Kontrollamts, die Hafenbetriebsgesellschaft habe im Vorjahr einen Gewinn aufgewiesen, müsse freilich unter dem Aspekt gesehen werden, daß die Stadt durch den Kauf des Lagerhauses und eines Bürogebäudes die Gesellschaft zuvor saniert habe. Der Redner richtete an den Finanzstadtrat die Frage, wie groß der Verlust aus dem sogenannten afghanischen Teppichgeschäft sei. Was den Bauring Wien angehe, so sei dieser Gesellschaft auch von der Stadt 50 Millionen Schilling an Kapital zugeschossen worden, weil die Einzelunternehmen eben nur teilweise Gewinne erwirtschafteter. Er sei der Meinung, der Bauring solle sich mehr in Wien als im Ausland engagieren.

Im Jahr 1969 soll, fuhr Hoffmann fort, der Bauring nicht weniger als 3,7 Millionen Schilling für Werbungs- und Druckkostenbeiträge an die "Neue Zeitung" gezahlt haben, und heuer, so höre man, sei ein Betrag von zwei Millionen Schilling für die AZ vorgesehen. Da man nicht annehmen könne, daß eine Werbung in diesen Zeitungen beim Hauptauftraggeber Stadt Wien oder bei Interessenten aus dem Nahen Osten nötig sei, so müsse man wohl der Auffassung sein, daß es sich hier um die Subventionierung von Parteiblättern gehandelt habe und noch immer handle.

Der letzte Redner dieser Debatte, GR. Schreiner (SPÖ), wollte, wie er sagte, das Gewichtsverhältnis zwischen Rechnungsabschluß und Kontrollamtsbericht wieder zugunsten des ersteren zurechtrücken. Schreiner wies darauf hin, daß das Auftreten von Mängeln und Unzulänglichkeiten in einem Verwaltungskörper dieser Dimension geradezu unvermeidlich sei. Im übrigen jedoch liege ein Teil der Problematik des Kontrollamtsberichtes auch darin, daß ja das Kontrollamt ebenfalls Schwierigkeiten meistern müsse: Denn in der Tat sei es ja unmöglich, für Beteiligungsfirmen etwa dieselben

Prüfungskriterien anzulegen wie für Dienststellen der Hoheitsverwaltung.

Schreiner, der die Beteiligungsfirmen in Zahlen illustrierte (15.000 Arbeitnehmer, Rahmen der Eigen-Investitionen 1971: 100 Millionen Schilling), stellte fest, daß diese Firmen sich in einer Umgebung des lebhaften Wettbewerbes bewegten und daher privatwirtschaftliche Flexibilität eine lebensnotwendige Maxime der Betriebsführung zu sein habe.

Im ganzen sei zu sagen: "1971 war für diese Unternehmungen ein gutes und erfolgreiches Jahr." Schreiner dankte aus diesem Anlaß allen Mitarbeitern der Beteiligungsunternehmen, wobei er ausdrücklich die in diesen Unternehmungen tätigen Gastarbeiter in seinen Dank mit einschloß.

Dem Vorwurf, daß in Wien die Ertragsanteile zu niedrig geschätzt werden und dann um 16 Prozent höhere Einnahmen als veranschlagt gebucht werden können, hielt Finanzstadtrat Schweda in seinem Schlußwort entgegen, daß dies auch in anderen Bundesländern der Fall sei: Zum Beispiel in Kärnten 17,2, in Vorarlberg 15,9 und in Niederösterreich 26,5 Prozent Mehreinnahmen.

Zur Rücklagenpolitik sprach Schweda die Hoffnung aus, daß der Rechnungshof zu einer Aussage komme, die der Auffassung der Stadt Wien gerecht werde.

Zu den Zinsenerträgen: Dem Kontrollamt werde er jede Möglichkeit zur Einsichtnahme geben.

Der Vorwurf einer Inlandsinflation sei nicht gerechtfertigt, denn diese Tendenz werde zum Teil aus dem Ausland bezogen. Schweda erklärte die Absicht der Stadt Wien, mit der Bundesregierung in wirtschaftlicher Hinsicht voll konform zu gehen.

Die Forderung eines Volksbegehrens über den Nulltarif lehnte der Redner als unrealistisch ab.

Hinsichtlich eines eigenen Gehaltsschemas für Schwestern müsse dem ÖVP-Redner die Problematik aus einem Gespräch mit Vizebürgermeister Bock bekannt sein.

Altenbetreuung: Hier sei die Stadt Wien bemüht, in unaufdringlicher Form einer wichtigen Aufgabe der Gemeinschaft gerecht zu werden.

Gesundheitswesen: Die Vorwürfe einer Vernachlässigung seien nicht gerechtfertigt, da das Gesundheitswesen "ziemlich vorrangig" dastehe.

-Bahn-Planung: Der Bevölkerung seien durch eine Ausstellung in der Volkshalle und durch Bürgerversammlungen umfangreiche Informations- und Aussprachemöglichkeiten gegeben worden.

Autogerechte Stadt: Wir brauchen keine autogerechte, sondern nur die menschengerechte Stadt.

Rückstand gegenüber anderen Städten: Dieser Vorwurf treffe Wien gerade auf dem Bausektor nicht, denn hier finden die Leistungen immer wieder ausländische Anerkennung.

Umweltschutz: Seit langem sei die Stadt bemüht, durch weitreichende Anstrengungen den Anforderungen gerecht zu werden.

Thermalschwimmbad Oberlaa: In Kürze werde dem Gemeinderat ein Grundsatzbeschluß darüber vorliegen.

Heizbetriebe: Wenn in Einzelfällen das Vertrauen zu diesem Unternehmen der Stadt Wien fehle, hätten sehr wesentlich die politischen Aktivitäten der ÖVP dazu beigetragen.

Zu der Kritik am U-Bahn-Bau meinte Schweda, die Mitglieder der ÖVP-Fraktion sollten sich doch einmal die Baustellen anschauen und sich über die damit zusammenhängenden Straßenbauvorhaben in der Favoritenstraße informieren lassen. Mit GR. Bednar sei er einer Meinung, fuhr Schweda fort, daß der Kontrollamtsbericht auch den gerügten Dienststellen zur Verfügung gestellt werden sollte. Was die WIEAG angehe, halte er es auch für richtig, daß es nicht nur ein Makler sein müsse, der Grundstücke beschaffe, doch sollte dieses Problem mit StR. Hintschig besprochen werden, der auch Vorsitzender des Aufsichtsrates dieser Gesellschaft sei.

Über die Stadthallengesellschaft würden bald ausführliche Gespräche geführt und bezüglich der Hafenbetriebsgesellschaft wolle er, erklärte Schweda, dem kommenden Rechnungshofbericht nicht vorgreifen. Die Frage nach den Kosten des Vergleichs im sogenannten afghanischen Teppichgeschäft wolle und könne er deshalb nicht beantworten, weil dies ein Problem des Betriebes sei, das auch dort bleiben müsse. Allerdings könnten die Mitglieder des Aufsichtsrates den Geschäftsführer fragen. Auch über den Bauring Wien würden demnächst ausführliche Verhandlungen geführt und er selbst als Vertreter des Eigentümers sei durchaus bereit, mit den Mitgliedern des Aufsichtsrates informative Gespräche zu

führen. Die Frage, meinte abschließend der Finanzstadtrat, die GR. Dr. Tuma gestellt habe, ob sich denn die Wiener Bevölkerung wohl fühle, sei durchaus berechtigt. Aber man dürfe doch nicht meinen, daß alles die Stadt tun solle, um ein solches Wohlbefinden zu erreichen. Das wäre sicherlich zu viel verlangt, wenngleich man nicht übersehen könne, daß die Stadtverwaltung ohnedies sehr viel unternehme.

Abstimmung: Nach achtstündiger Debatte nahm der Gemeinderat den Rechnungsabschluß mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ und den Bericht des Kontrollamtes einstimmig zur Kenntnis. Die drei Anträge der ÖVP und der eine der FPÖ wurden einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

./.

Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke

Stadtrat Nekula (SPÖ) legte den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke für 1971 vor und verwies darauf, daß er durch die 1970 beschlossene Pensionsentlastung und die damit verbundene erfolgsverbessernde Auswirkung gekennzeichnet sei. Während 1970 der Verlust der Wiener Stadtwerke 623,7 Millionen Schilling betrug, konnte der Rechnungsabschluß für 1971 mit einem Verlust von 95 Millionen Schilling vorgelegt werden.

Zur Deckung der überproportional wachsenden Nachfrage der Wiener Bevölkerung nach Energie- und Dienstleistungen mußten auch 1971 von den Wiener Stadtwerken umfangreiche Investitionen im Ausmaß von 1.465 Millionen Schilling getätigt werden. Diese Investitionen hätten keinesfalls aus der laufenden Gebarung finanziert werden können, es mußten daher auch 1971 Fremdmittel in Anspruch genommen werden.

Die E-Werke konnten gegenüber dem Jahre 1970 eine Zunahme des Gesamtenergiebedarfes von 8,3 Prozent verzeichnen. Das bedeutet eine Steigerung von 3,8 auf 4,1 Millionen Megawattstunden. Der gesamte Energiebedarf hat sich seit 1937 um rund 800 Prozent erhöht. Die höchste Belastungsspitze ergab sich am 24. November 1971 mit 780 Megawatt. Gegenüber dem Jahre 1937 bedeutet dies eine Zunahme um 633,2 Megawatt. Seit Bestehen der E-Werke betrug der größte Tagesbedarf an elektrischer Energie am 10. Dezember 1971 16.474 Megawattstunden. Diese Vergleichszahlen zeigen die stürmische Entwicklung auf dem Energiesektor, deren weiter steigende Tendenz in den nächsten achteinhalb Jahren zu einer Verdoppelung des Stromverbrauches führen wird. Damit werden die Beschlüsse des Wiener Gemeinderates zur Errichtung eines zweiten kalorischen Kraftwerkes mit zwei Blöcken zu je 150 Megawatt und dem Bau einer Gasturbine mit 100 Megawatt erneut als richtig und zukunftsweisend bestätigt. Um die Verdoppelung des Strombedarfes bewältigen zu können, müssen von den E-Werken Investitionen in der Größenordnung von 15 Milliarden Schilling auf der Preisbasis 1971 in den nächsten achteinhalb Jahren getätigt werden. Diese Investitionen können aber nicht ausschließlich mit Fremdkapital finanziert werden, wenigstens ein Drittel muß aus erwirtschaftetem Eigenkapital bestehen. Auf Grund dieser sich aus der Entwicklung in Wien, ebenso wie in

./.

ganz Österreich, ergebenden Notwendigkeit liegt dem Gemeinderat einen Antrag auf Tariferhöhung von durchschnittlich 14 Prozent zur Beschlußfassung vor.

Mit 31. Dezember 1971 waren 94.165 Elektroherde, 89.344 Heißwasserspeicher und 77.754 Speicheröfen angeschlossen. Mit 25.258 Anträgen auf Anschlußgenehmigung ergab sich eine weitere Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Obwohl im Hinblick auf die Erzeugungs- und Netzkapazität nur die Hälfte genehmigt werden konnte, erhöhte sich der Anschlußwert an Nachtspeicherheizgeräten von 483.161 Kilowatt auf 607.471 Kilowatt.

Gaswerke: Die Umstellung der Gasversorgung auf Erdgas bringt ein ständiges Absinken der Stadtgasabgabe und zugleich eine Zunahme der Erdgas-Direktabgabe. Um die Vergleichbarkeit der Gasabgabe zu gewährleisten, wird daher die Erdgas-Direktabgabe auf Grund des Wärmewertes auf Stadtgas umgerechnet. 1971 betrug die so errechnete Stadtgasabgabe 939,7 Millionen Kubikmeter und war damit gegenüber 1970 um 4,7 Millionen Kubikmeter höher. Wegen der langanhaltenden warmen Witterung konnten damit die Ansätze des Wirtschaftsplanes nicht erreicht werden.

Am Jahresbeginn 1971 erfaßte die Umstelleistung von Stadtgas auf Erdgas rund 700 Haushalte pro Woche. Ab Mitte April wurde die Umstelleistung auf etwa 1.000 Haushalte pro Woche gesteigert. So erfreulich diese Steigerung ist, da sie bedeutet, daß die Gesamtumstellzeit wesentlich unterschritten werden kann, müssen jedoch stärkere jährliche Belastungen der Gaswerke durch Kostenübernahme beziehungsweise Zuschußleistung bei Kochgeräten zur Kenntnis genommen werden.

1971 wurden 82.485 Geräte in 42.764 Haushalten umgestellt. Trotz dieser hohen Zahl gab es kaum Beschwerden. 1971 wurden 19.225 Anträge auf Genehmigungen von Heizgasinstallationen eingebracht. 19.136 davon konnten positiv erledigt werden und nur 89 Anträge mußten abgelehnt werden. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 3.018 Anschlüsse.

Verkehrsbetriebe: Auf 42 Straßenbahn- und vier Stadtbahnlinien sowie 36 Autobuslinien im Eigenbetrieb und fünf Autobuslinien im Auftragsverkehr wurden 1971 insgesamt 420,6 Millionen Fahrgäste befördert, um 0,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Diese Steigerung ist zweifelsohne auf die mit Bundesgesetz beschlossene Schülerfreifahrt zurückzuführen. Infolge der verstärkten Inanspruchnahme von stark ermäßigten Fahrausweisen sanken jedoch die Beförderungserlöse um 17,6 Millionen Schilling oder 1,7 Prozent.

1971 wurden 23 Autobusse neu angeschafft und 21 auf Flüssiggasmischbetriebe umgebaut. Damit sind bereits 236 Autobusse mit einer um 60 Prozent verminderten Abgasabgabe im Wiener Stadtgebiet in Betrieb.

Die Zahlen der angeschlossenen Elektro- und Gasheizungen und der umweltfreundlichen Autobusse sind Leistungen, die zwar nicht in der Bilanz aufscheinen, die aber von den Wiener Stadtwerken für die Lebensfähigkeit unserer Stadt und ihrer Bewohner erbracht werden. Die Investitionstätigkeit der Verkehrsbetriebe erhält aber auch aus anderer Sicht Bedeutung. 1971 sind in Wien 54.997 Pkws neu zugelassen worden. Nimmt man einen Durchschnittspreis von 60.000 Schilling für einen Pkw an, dann wurden in Wien allein 3,3 Milliarden Schilling für den Kauf von Pkws ausgegeben. Demgegenüber konnten die Verkehrsbetriebe für den Kauf neuer Fahrzeuge nur rund 200 Millionen Schilling aufwenden.

Für die U-Bahn wurde 1971 mit dem Bau von sechs Prototyp-Doppeltriebwagen begonnen. Der Bau der Probestrecke wird voraussichtlich heuer vollendet werden. In diesem Zusammenhang berichtete Stadtrat Nekula, daß in Zusammenarbeit von Ingenieuren der Verkehrsbetriebe und der VÖEST geräuscharme Schwellen entwickelt wurden, für die bereits ein weltweites Interesse besteht. Damit wurde erneut der Beweis erbracht, daß alle Anstrengungen unternommen werden, um der Wiener Bevölkerung ein leistungsfähiges und attraktives Verkehrsmittel anzubieten.

Die Bestattung hatte 1971 25.402 Bestattungsfälle durchzuführen, von denen 16,1 Prozent auf Kremationen entfielen. Dazu kommen noch 1.699 Exhumierungen und rund 1.00 Überführungen in das In- und Ausland.

GR. Wölger (DFP) unterstrich die Bedeutung der städtischen Unternehmungen, kritisierte jedoch gleichzeitig die wirtschaftliche Lage der Wiener Verkehrsbetriebe. Wie er meinte, könne daran auch die bevorstehende Strompreiserhöhung nichts ändern. Bezüglich der Attraktion der öffentlichen Verkehrsmittel: Lange Wartezeiten und die üblichen Verzögerungen könnten auch durch die Einführung eines Nulltarifes nicht ausgeglichen werden. Abschließend kritisierte der Redner noch die seiner Meinung nach zu hohen Tarife bei der städtischen Bestattung.

Die einzelne Bilanzierung der Unternehmen würde einen wesentlich besseren Einblick in die Gebarung der Wiener Stadtwerke geben und wesentlich übersichtlicher sein, meinte GR. Klement (FPÖ). Den Einwand, man könne dies nicht tun, lasse er nicht gelten. Seine Forderung nach getrennter Ausweisung der Bilanzen müsse er daher auch heuer aufrechterhalten. Klement anerkannte die gigantischen Leistungen der Wiener Stadtwerke, bedauerte, daß es in vergangenen Jahren 95 Millionen Defizit gegeben habe und vertrat die Ansicht, daß die Verantwortlichen der Wiener Stadtwerke die Aufgaben nicht immer in den Griff bekommen hätten. Er klagte darüber, daß bis zum heutigen Tag eine Kapitalaufstockung für die Wiener Stadtwerke versäumt worden sei. Die Übernahme der Pensionslasten sei viel zu spät erfolgt. Bei den Einsparungen habe es im Fahrdienst in der letzten Zeit eine sehr positive Entwicklung gegeben. Im Verwaltungsdienst habe es jedoch bis heute kaum eine nennenswerte Rationalisierung gegeben. Im übrigen werde seine Partei dem Rechnungsabschluß zustimmen.

GR. Kowarsch (ÖVP) erklärte, die Sanierung der Verkehrsbetriebe sei bisher ausgeblieben. Die Übernahme der Pensionslasten durch die Hoheitsverwaltung bedeute zwar einen ersten Schritt in diese Richtung, aber noch nicht die Sanierung selbst. Dabei nämlich könne man an zwei Maßnahmen sicherlich nicht vorbeigehen: an einer Aufstockung des Eigenkapitals und an einer Rückerstattung der durch die Sozialtarife entstehenden Verluste. Tarifierhöhungen seien erst dann ein Sanierungsmittel, wenn alle Voraussetzungen einer gesunden Betriebsführung gegeben seien.

Den E-Werken und den Gaswerken bescheinigte Kowarsch die "hervorragende Erfüllung ihrer Aufgaben" und regte gleichzeitig die Schaffung von Förderungsmaßnahmen für die umweltfreundlichen Heizungsformen mit Gas und Strom an. Grundsätzlich, erklärte der Redner, scheine auch die Bereitschaft in den Stadtwerken zu wachsen, auf Anregungen von seiten der Fraktionen des Gemeinderates einzugehen.

GR. Stockinger (SPÖ) stellte fest, daß man die Ergebnisse bei E-Werk, Gaswerk und Bestattung mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen könne. Die Entwicklung bei den Verkehrsbetrieben erfülle jedoch den Wiener Gemeinderat weiterhin mit Sorge.

Von den Aufwendungen der Stadtwerke entfiel fast ein Drittel auf Investitionen. Die vergebenen Aufträge haben nicht nur der

Wiener Wirtschaft Impulse gegeben, sondern darüber hinaus auch die österreichische Wirtschaft befruchtet, die Rentabilität der Betriebe erhalten und die Arbeitsplätze gesichert. Die notwendigen Investitionen bringen jedoch immer größere Verschuldungen mit sich. Wir haben daher die Verpflichtung, einen möglichst großen Teil der Investitionen mit Eigenmitteln zu finanzieren und für eine verantwortungsbewußte Tarifpolitik zu sorgen. Die gute Wiener Energiepolitik wird dadurch bestätigt, daß 1971 lediglich 29,6 Prozent des Bedarfes aus Fremdstrom bezogen wurde. Die Gaswerke können durch die Umstellung auf Erdgas mit den bestehenden Rohrleitungen den Kunden den doppelten Heizwert liefern. Die Umstellung, die sorgfältig vorbereitet wurde, funktioniere hervorragend und könne in kürzerer Zeit als angenommen, vollendet werden. Die großen Leistung der E- und Gaswerke tragen auch wesentlich zur Luftreinhaltung bei.

Bei den Verkehrsbetrieben wird man bemüht sein müssen, durch verschiedene Maßnahmen, wie Schaffung eigener Gleiskörper, Verwirklichung des Beschleunigungsprogrammes, Vorrang für den Straßenbahnverkehr und ähnliches einen größeren Anreiz für die Benützung zu geben. Jeder verantwortungsbewußte Kommunalpolitiker werde diese notwendigen Maßnahmen sicherlich unterstützen, nicht nur, weil dadurch die Verkehrsprobleme der Zukunft gemeistert werden können, sondern, weil die Massenverkehrsmittel weitaus umweltfreundlicher sind als die Kraftfahrzeuge.

Stadtrat Nekula erklärte im Schlußwort zum Standort des Kraftwerkes Donaustadt, man möge sich doch dieses Gebiet einmal anschauen. Von Naturschutzgebiet könne dort keine Rede sein, das völlig devastierte Umland werde im Gegenteil erst im Zusammenhang mit dem Kraftwerksbau saniert.

Der Schienenverkehr ist nicht veraltet, wie behauptet wurde. In der ganzen Welt geht derzeit ein Umdenken in dieser Frage vor sich. Etliche Städte, die einst die Straßenbahn aufgegeben haben, stellen sie jetzt wieder her. Sie ist nämlich viel leistungsfähiger, wenn man ihr den Vorrang gibt.

Zur Personalsituation: Alle Möglichkeiten werden ausgeschöpft. Von der Hochschülerschaft kam der Vorschlag, Studenten bei den Verkehrsbetrieben einzusetzen. Das Angebot wurde angenommen - aber von 19 Studenten, die sich meldeten, kamen dann nur sieben zum Ausbildungskurs und davon sind derzeit nur mehr vier übrig.

Erdgasumstellung: Man spricht von Kosteneinsparungen durch die Umstellung, in Wirklichkeit gibt es vorerst nur Mehrkosten. 529 Millionen werden von den Gaswerken als Beitrag zu den Kosten der Geräte-
./.

umstellung zugunsten der Kunden aufgebracht, eine Tarifierhöhung der ÖMV mit einer Mehrbelastung von zwölf Millionen Schilling wurde von den Gaswerken getragen und nicht an die Kunden weitergegeben - und dies alles bei einem seit 1958 unveränderten Gas-tarif.

Abstimmung: Von SPÖ, ÖVP und FPÖ gebilligt.

Landwirtschaftsbetrieb

Stadtrat Nekula (SPÖ) legte Verwaltungsbericht und Rechnungsabschluß des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien für 1970/71 sowie den Wirtschaftsplan 1972/73 vor.

Der Rechnungsabschluß schloß mit einem Verlust von 1,23 Millionen Schilling, wobei unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages von 14,78 Millionen aus dem Vorjahr 1,24 Millionen Schilling als Verlust ausgewiesen werden.

Schlechte Witterungsverhältnisse, die Abtretung von rund 900 Hektar "Habsburger Gründen", Investitionen für die Gebäudeinstandsetzung in Laxenburg und schließlich personelle Schwächen führte Nekula zur Begründung der Verlustsituation an.

Der Wirtschaftsplan setzt für das Jahr 1972/73 einen Ertrag von 43,3 Millionen Schilling an, wobei ein Gebarungsüberschuß von 145.000 Schilling angenommen wird.

GR. Dr. Tuma (DFP) stellte fest, daß er weder dem Rechnungsabschluß noch dem Wirtschaftsplan zustimmen könne. Er bemängelte, daß über die unterschiedlichen Leistungen der Ökonomien und über die abweichenden Hektarerträge weder durch das Kontrollamt noch durch den Rechnungsabschluß genügend Auskunft gegeben werde.

GR. Kowarsch (ÖVP) stimmte dem Rechnungsabschluß und Wirtschaftsplan zu, brachte jedoch einen Antrag auf Verpachtung der Weingüter am Cobenzl und am Magdalenenhof ein.

Im Schlußwort begründete Stadtrat Nekula die Aufrechterhaltung des Landwirtschaftsbetriebes im Interesse der Bodenbevorratungspolitik der Gemeinde Wien. Um Grundstücke für die Stadtentwicklung bereithalten zu können, müßten hier auch Verluste in Kauf genommen werden.

Bei den drei Ökonomien bemühe man sich durch eine Bebauungs-koordination, die Schwachpunkte setze, um eine Verbesserung der Vertragssituation. Die Verluste würden in den nächsten Jahren abgebaut werden.

Der Rechnungsabschluß und der Wirtschaftsplan wurden mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Der ÖVP-Antrag wurde einstimmig zugewiesen.

Dringliche Anfragen

Am Ende der Sitzung lag dem Gemeinderat eine Anfrage der DFP sowie ein Antrag der FPÖ vor, für die die dringliche Behandlung beantragt worden war.

Die dringliche Anfrage wurde von GR. Müller (DFP) rer-läutert und betraf verschiedene Vorkommnisse im Wiener Rathaus, die im Zusammenhang mit diversen Veröffentlichungen in der Zeitschrift "Profil" stehen. Der Redner verlangte namens seiner Fraktion Aufklärung darüber.

GR. Busta (SPÖ) bezweifelte als Kontraredner die Sach-lichkeit dieser Anfrage, wobei er meinte, daß eine Beantwortung einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren gleichkommen würde. Er warnte überdies davor, eine Politik der persönlichen Diffamierungen zu betreiben.

Die Dringlichkeit wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) begründete das Verlangen nach dringlicher Behandlung eines Antrages seiner Fraktion, man möge für den Neubau des Zoologischen Instituts ein anderes Grundstück als den Sternwartepark bereitstellen, mit dem Hinweis auf Proteste aus Kreisen der Bevölkerung. Wien möge dem Bauten-ministerium nahelegen, das das Institut in der Rennwegkaserne errichtet werde.

GR. Schreiner (SPÖ) erinnerte daran, daß die Widmung des vorgesehenen Baugeländes 1970 sowohl von der Bezirksvertretung wie vom Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde. Von den 57.000 Quadratmetern des nicht öffentlich zugänglichen Stern-warteparkes sollen 3.800 Quadratmeter ver-

baut werden. Die Stadt Wien hat keine gesetzliche Möglichkeit mehr, diesen Bau zu verhindern. Zwischen der Hochschule und dem Bautenminister sind jedoch Gespräche im Gange, deren Ziel es ist, ein anderes Grundstück zu finden, auf dem rasch das Institut errichtet werden kann. Eine Dringlichkeitsdebatte im Gemeinderat wäre kein guter Dienst an diesen Bemühungen.

Abstimmung: Die Dringlichkeit wurde von der SPÖ abgelehnt, der Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Spielwiesen auf Grünanlagen der städtischen Wohnhäuser:

Von nächstem Montag an: "Fahrt zum Spiel" in den Donaupark
=====

Wo es irgend wie möglich ist, werden Teile der Grünanlagen bei städtischen Wohnhäusern für Wiens Kinder als "Spielwiesen" freigegeben, wie Bürgermeister Felix Slavik in seiner Rundfunksendung ankündigte. Bis Donnerstag mittag wurden bereits 105 solcher Spielwiesen gefunden. 50 bis 60 weitere sollen in den nächsten Tagen noch dazukommen. Eine weitere Aktivität der Stadtverwaltung soll vor allem jenen Kindern zugutekommen, die im innerstädtischen Bereich wohnen und zu wenig Möglichkeiten zum Spielen haben: Von nächstem Montag, dem 17. Juli, an wird es eine Aktion "Fahrt zum Spiel" geben. Autobusse werden Buben und Mädchen im schulpflichtigen Alter aus den inneren Bezirken in den Donaupark und wieder zurück bringen.

Bürgermeister Slavik hatte kürzlich den Auftrag erteilt, alle Möglichkeiten für die Installierung von Spielwiesen auf Grünflächen der städtischen Wohnhäuser prüfen zu lassen. Seit Tagen sind Kommissionen von Vertretern des Magistrates, der Bezirksvorstehung und der Mieter unterwegs, um dafür geeignete Plätze ausfindig zu machen. Bisher wurden 105 dafür geeignete Plätze gefunden und zwar im 3. Bezirk 5, im 9. Bezirk 2, im 10. Bezirk 22, im 11. Bezirk 3, im 12. Bezirk 10, im 13. Bezirk 12, im 17. Bezirk 7, im 19. Bezirk 7, im 21. Bezirk 2, im 22. Bezirk 5 und im 23. Bezirk 30.

Bereits Donnerstag vormittag wurde an einigen Plätzen mit der Markierung dieser Spielflächen - sie sind vor allem für kleine Kinder gedacht - begonnen. Jene Teile der Rasenanlage, die für die Kinder freigegeben werden, sind mit einer blauen Tafel - auf der ein grünes Herz und die Aufschrift "Spielwiese" gemalt ist - gekennzeichnet.

Stadtrat Reinhold Suttner richtete an die Eltern und Erwachsenen den Appell, die Aktion zu unterstützen, mindestens aber Verständnis für eventuell mögliche Lärmbelästigung durch die Kinder zu haben. Der Standort der Spielwiesen wurde so gewählt - möglichst weit weg von den Häusern -, daß die Lärmbelästigung auf ein Minimum beschränkt bleibt.

Die Spielwiesen werden möglicherweise jedoch nach einiger Zeit innerhalb der Grünanlage - wenn es möglich ist - "wandern". Und zwar deswegen, weil der Rasen die Belastung unter Umständen nicht auf die Dauer verträgt - und ihm daher nach einiger Zeit eine Ruhepause gegeben werden muß.

Die Spielwiesen sind vor allem für Kinder im Vorschulalter gedacht. Echte Fußballmatches und andere Rasenspiele sind nicht erlaubt. Vor allem deswegen nicht, weil kleinere Kinder dann ja wieder keinen Platz zum Spielen hätten. Das Spielen mit Bällen ist jedoch nicht grundsätzlich verboten.

Zur Aktion "Fahrt zum Spiel": Sie ist vor allem für die Schulkinder der spielflächenarmen Bezirke 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 gedacht. Vier Autobusse - durch grüne Herzen gekennzeichnet, werden die Kinder während der Schulferien an Wochentagen täglich um 8.30 Uhr in den Donaupark bringen. Abfahrtstellen: Für die Bezirke 1 und 8: Rathaus, 9: Schubert-Brunnen an der Kreuzung Liechtensteinstraße-Alserbachstraße, 4, 5: Phorusplatz 6, 7: Mariahilfer Straße. Im Donaupark werden den Kindern der Sparefroh-Spielplatz und die umliegenden großen Wiesen zur Verfügung stehen. Die Buben und Mädchen werden von Erziehern begleitet. Um 12 Uhr werden die Kinder dann wieder bei den Treffpunkten abgeliefert.

- - -

Premiere der Schönbrunner Schloßkonzerte:Mehr Interessenten als Plätze
=====

Wien, 6.7. (RK) Mit der Idee von Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner, Kammerkonzerte in Schönbrunn, verbunden mit einer vorherigen Führung durch die Schauräume des Schlosses durchzuführen, hat das musikalische Sommerprogramm eine unerwartet erfolgreiche Bereicherung erfahren. Bei der Premiere der Neueinführung am Mittwoch war das Konzert nicht nur restlos ausverkauft, sondern die Kartenbüros mußten eine Menge enttäuschter Musikfreunde nach Hause schicken. Der Autobus, der bei der Oper vor allem ausländische Konzertbesucher aufnahm und auf direkter Route nach Schönbrunn brachte, war überbesetzt. In Schönbrunn warteten bereits Autobusse mit Gästen aus München und den Vereinigten Staaten.

Um den an den Schloßkonzerten Interessierten neuerlich Enttäuschungen zu ersparen, wird darauf hingewiesen, daß die Karten im Vorverkauf in allen Theater- und Konzertkartenbüros sowie in den Reisebüros erhältlich sind. Das nächste Konzert, bei dem das Klassische Wiener Schrammelquartett auftritt, findet am 12. Juli um 19.30 Uhr statt.

- - -

Sperre der Zehetnergasse
=====

Wien, 6.7. (RK) Wegen der Erneuerung eines Brückentragwerkes der Bundesbahn muß die Zehetnergasse beim Bahndurchgang neben der Cumberlandstraße ab Freitag, dem 7. Juli, 8.30 Uhr, bis voraussichtlich Mittwoch, 12. Juli, 20 Uhr, für den Fahrzeugverkehr gesperrt werden.

- - -

Philipserweiterung verkleinert Zentralviehmark St. Marx
=====

Der Zentralviehmarkt St. Marx wird genau um jene Grundfläche kleiner, um den der Philipskonzern größer wird. Die Verkleinerung des Viehmarktareals bringt für die Stadtverwaltung und die Bevölkerung deswegen keinerlei Nachteile, weil im Zuge des Neubaus des Schlachthofes und der Rationalisierung der Flächenbedarf ebenfalls geringer geworden ist.

Der Konzern war bereits vor längerer Zeit mit dem Ersuchen an die Stadt Wien herangetreten, ihm ein rund 5.000 Quadratmeter großes Grundstück auf dem Gelände des Zentralviehmarktes im 3. Bezirk zu verkaufen. Die Firma will auf dieser Grundfläche ihre angrenzenden Werkanlagen erweitern. Der zuständige Gemeinderatsausschuß stimmte dieser Tage dem Verkauf zu.

Die von dem Grundverkauf betroffenen Gebäude wurden zum Teil bereits freigemacht und sollen zum anderen Teil noch in diesem Jahr geräumt werden. Die Gebäude waren stark überaltert und hätten in Kürze durch die Stadt Wien neu errichtet werden müssen. Der Philipskonzern hatte sich bei den Verhandlungen bereit erklärt, einen Absiedlungskostenbeitrag in der Höhe von 2 Millionen Schilling zu leisten.

Der Grundverkauf lag nicht zuletzt auch deswegen im Interesse der Stadt Wien, weil einerseits durch die Erweiterung der Werkanlagen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden und nur durch das Entgegenkommen der Stadtverwaltung der Standort des Weltkonzerns in der österreichischen Bundeshauptstadt auch weiterhin gesichert ist.

Auf eine der letzten noch freien Grundflächen des Betriebsansiedlungsgebietes Auhof wird sich die Firma Rauscher & Co., Verbandstoff- und Wattefabriken, ansiedeln. Das Unternehmen kauft von der Stadtverwaltung ein rund 13.000 Quadratmeter großes Areal um rund 5,8 Millionen Schilling. Die Firma will auf diesem Grund eine neue Betriebsanlage errichten, weil die Umgebung des derzeitigen Werkes im 7. Bezirk in der Schottenfeldgasse keinerlei Erweiterungsmöglichkeiten zuläßt. Mit dem Bau soll in Kürze begonnen werden.